

AfW begrüßt gemeinsame Erklärung zur EU-Kleinanlegerstrategie



Norman Wirth, Geschäftsführender Vorstand des AfW

© AfW

In einer gemeinsamen Erklärung haben heute mehrere Verbände der europäischen Finanz- und Versicherungsbranche klare Kritik am Entwurf der EU-Kleinanlegerstrategie (Retail Investment Strategy -RIS) geübt.

Die auf europäischer Ebene einflußreichen Interessenvertreter haben damit bereits am Anfang der mindestens bis Ende Juli laufenden Konsultationsfrist sehr deutlich gemacht, wo signifikante Fehler und Probleme des Entwurfes liegen.

Die unter <https://www.insuranceeurope.eu/publications/2918/joint-industry-statement-on-the-eu-retail-investment-strategy> adressierten Punkte teilt der AfW Bundesverband Finanzdienstleistung ausdrücklich.

„Viele der vorgesehenen Regularien bringen weder den Anlegern noch dem EU-Kapitalmarkt irgendeinen Nutzen“, so Norman Wirth, Geschäftsführender Vorstand des AfW.

Die Bedenken der Verbände konzentrieren sich auf die folgenden Punkte:

- Entgegen der vorherigen Ankündigung sind in den Entwurf nun doch Provisionsverbote enthalten, die den Finanzsektor und den Zugang der Verbraucher zu Finanzprodukten massiv beeinträchtigen könnten.
- Zudem fokussiert die EU-Kommission einseitig auf Kosten, ohne sonstige Kundeninteressen im Blick zu haben.

- Auch die erhöhte Komplexität durch neue Anforderungen und Prozesse, die den Zugang zu Finanzdienstleistungen erschweren könnten, wird von den Verbänden klar adressiert.
- Der Einführung quantitativer "Preis-Leistungs"-Benchmarks stehen die Unterzeichner sehr skeptisch gegenüber, da diese den individuellen Bedürfnissen der Kunden nicht gerecht werden und zu Preisinterventionen auf den Kapitalmärkten führen könnten.
- Und schließlich halten sie die vorgeschlagenen Fristen für die Umsetzung der neuen Anforderungen für nicht praktikabel.

Der AfW positioniert sich klar dazu: „All diesen Punkten können wir uns uneingeschränkt anschließen. Kurzfristiges Ziel des AfW ist, dass auch unser europäischer Dachverband FECIF sich den Inhalt der Erklärung zueigen macht und dadurch deren Reichweite vergrößert. Wir werden uns aber selbstverständlich auch direkt und sehr kritisch bei der öffentlichen Konsultation der Kommission zu Wort melden, um als mitgliederstärkster Maklerverband Deutschlands für die von uns vertretene Berufsgruppe der Versicherungsmaklerinnen und -makler Klarheit zu erhalten.“ so Wirth.

Pressekontakt:

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.

Telefon: 030 / 63 96 43 7 - 0

Fax: 030 / 63 96 43 7 - 29

E-Mail: office@afw-verband.de

Unternehmen

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.

Kurfürstendamm 37

10719 Berlin

Internet: www.bundesverband-finanzdienstleistung.de

Über AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V

Der Bundesverband Finanzdienstleistung AfW e.V. ist der Berufsverband unabhängiger Finanzberater:innen. Circa 40.000 Versicherungs-, Kapitalanlage- und Immobiliendarlehensvermittl:innen werden durch seine ca. 2.100 Mitgliedsunternehmen repräsentiert. Er wurde 1992 gegründet.

Der AfW ist gefragter Gesprächspartner der Politik im gesamten Bereich der Finanzdienstleistung. Sein aktives Engagement ist Garant dafür, dass die Interessen der unabhängigen Finanzberater:innen in Politik, Wirtschaft und Presse wahrgenommen und berücksichtigt werden. Er ist als Interessenverband beim Deutschen Bundestag und beim Europäischen Parlament akkreditiert und engagiert sich in diversen Brancheninitiativen insbesondere auch zum Thema Nachhaltigkeit in der Finanz- und Versicherungswirtschaft.

Die Arbeit des AfW wird durch eine große Anzahl von Fördermitgliedsunternehmen unterstützt.